

**XXII. GP-NR**

107 /J

**2003 -02- 12****ANFRAGE**

der Abgeordneten Prähauser  
und GenossInnen

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

betreffend österreichischer Beteiligung beim Einsatz der EU-Truppe in Mazedonien

In den „Salzburger Nachrichten“ vom 10. Februar 2003 war nachzulesen, dass es erstmals in der Geschichte der Europäischen Union einen Einsatz einer EU-Truppe unter dem Oberkommando der EU geben wird. Im März, spätestens im April 2003, soll der Einsatz der EU-Truppe in Mazedonien beginnen, um dort die Einhaltung des Friedensabkommens von Ohrid zu überwachen und abzusichern. Laut Auskunft der Frau Außenministerin Ferrero-Waldner in den „Salzburger Nachrichten“ sollen etwa 10-15 österreichische Soldaten dieser EU-Truppe angehören.

Weitere Missionen der EU-Armee sind schon in Planung. Für einen eventuellen Einsatz in Bosnien-Herzegowina würden in etwa 250 österreichische Soldaten benötigt. Laut Beschluss von Helsinki im Jahr 1999 müsste Österreich in einem Krisenfall bis zu 2.000 Soldaten und mehrere Transporthubschrauber bereitstellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

**Anfrage:**

1. Wie viele österreichische Soldaten werden im Rahmen der EU-Truppe für die Friedensmission in Mazedonien eingesetzt?
2. In welchen Bereichen werden die österreichischen Soldaten eingesetzt?
3. Wie lange ist der Einsatz der österreichischen Soldaten in Mazedonien geplant?
4. Wer bezahlt die Kosten für die österreichischen Soldaten in Mazedonien?
5. Wie hoch sind die Kosten des Einsatzes in Mazedonien für Österreich?

6. Was ist der aktuelle Stand bezüglich eines Einsatzes österreichischer Soldaten in Bosnien-Herzegowina?
7. Wie viele Soldaten wird Österreich für einen Einsatz in Bosnien-Herzegowina zur Verfügung stellen?
8. Welche Maßnahmen sind notwendig, damit Österreich seiner Verpflichtung für die EU-Armee im Krisenfall rund 2.000 Soldaten zur Verfügung zu stellen, nachkommen kann?
9. Wie stehen Sie zu einer Beistandspflicht für Österreich im Falle eines Angriffes auf ein EU-Mitgliedsland?